



Nr.9

13. März 2015

Inhalt

Einkommensrunde 2015:

Zehntausende Länder-Beschäftigte im Warnstreik +++

Tarifeinheitengesetz: Bundespräsident um besonders
kritische Prüfung gebeten +++

Mitgliederwerbeaktion 2014: dbb weiter im Aufwärtstrend +++

Einkommensrunde öffentlicher Dienst Hessen

dbb kritisiert Landesregierung -

Russ: „Hessen bleibt Angebot und Antworten schuldig“ +++

dbb bundesfrauenvertretung: War höchste Zeit für Gesetz +++

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Beamtenversorgung/Pensionsfonds: dbb rheinland-pfalz
mahnt zu Vorsicht +++

dbb Hessen wertet geplante Neuordnung der

Beihilfe als Fortschritt +++

dbb Lehrerverbände im Gespräch mit der KMK:

Vielfalt der Bildungswege aufzeigen +++

dbb-Mitgliedsgewerkschaften: Gesetz zur Tarifeinheit
muss vom Tisch +++

Deutsche Polizeigewerkschaft: Fußballgewalt nimmt
erschreckende Ausmaße an +++

GDL will Urteil anfechten +++

Philologenverband für Ausbau von schulischen

Beratungsangeboten für Eltern +++

Namen und Nachrichten+++

aktuell

Informationsdienst des dbb

Einkommensrunde 2015: Zehntausende Länder-Beschäftigte im Warnstreik

(dbb) Vor der am 16. März 2015 in Potsdam beginnenden dritten Verhandlungsrunde für den öffentlichen Dienst der Länder haben die Beschäftigten den Druck auf die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) weiter erhöht. So hatte der dbb beamtenbund und tarifunion gemeinsam mit ver.di zu landesweiten Warnstreiks am 12. März 2015 in Nordrhein-Westfalen, Bremen, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz aufgerufen. Zehntausende Beschäftigte haben sich an den Protestmärschen und Kundgebungen beteiligt und damit eindrucksvoll deutlich gemacht, dass sie für die Verzögerungstaktik der TdL kein Verständnis mehr aufbringen.

In **Düsseldorf** demonstrierten über 20.000 Beschäftigte aus Nordrhein-Westfalen für die Forderungen ihrer Gewerkschaften. Beschäftigte von Universitätskliniken, Lehrerinnen und Lehrer, Angestellte von Hochschulen, Polizei, Gerichten sowie von Finanzämtern und Ministerien forderten die Arbeitgeberseite auf, die Landesbeschäftigten in NRW nicht schlechter zu stellen als ihre Kolleginnen und Kollegen beim Bund und in den Kommunen. Bei der Kundgebung vor dem Düsseldorfer Landtag erinnerte dbb Verhandlungsführer Willi Russ NRW-Finanzminister Norbert Walter Borjans an seine Rede auf der dbb Jahrestagung in Köln, in der er eine neue „Rede- und Streitkultur bei Tarifverhandlungen“ gefordert hatte. „Geredet haben wir viel in den ersten beiden Runden, aber wenn es jetzt nicht vorwärts geht, werden wir tatsächlich eine neue Streit- und auch Streikkultur entwickeln müssen“, so Russ. Bei der dritten und letzten vereinbarten Runde in Potsdam müsse die Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) „einen großen Schritt“ auf die Beschäftigten zugehen.

Roland Staude, Vorsitzender des dbb NRW, machte sich für die Übertragung des Tarifergebnisses auf die Landes- und Kommunalbeamten stark: „Wir wollen eine echte Wertschätzung für den öffentlichen Dienst in Nordrhein-Westfalen. Das gilt auch für die Besoldungsanpassungen hier am Regierungssitz in Düsseldorf!“

In **Bremen** trafen sich im Rahmen des Warnstreiks die Teilnehmer am Weserstadion und zogen von dort zum Marktplatz in der Bremer Innenstadt, wo die zentrale Protestkundgebung mit rund 7.000 Demonstranten stattfand. „Wie die Straßenwärtinnen und Straßenwärtler für sichere Straßen und Autobahnen, so sorgen alle Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst dafür, dass Deutschlands

Infrastruktur tagtäglich funktioniert“, sagte Siegfried Damm, stellvertretender Vorsitzender der dbb Bundestarifkommission und Bundesvorsitzender der Fachgewerkschaft der Straßen- und Verkehrsbeschäftigten VDStr., vor den Kundgebungsteilnehmern. „Damit das so bleibt, erwarten sie zu Recht gutes Geld für ihre gute Arbeit. Deshalb machen wir hier gemeinsam mit Beschäftigten aus ganz Niedersachsen und Bremen nochmal klar: Die Arbeitgeber müssen sich bewegen, wir erwarten in der nächsten Runde endlich ein verhandelbares Angebot.“

Reiner Küchler von der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG) verwies darauf, dass die Landesbeschäftigten mit ihren Einkommen gegenüber ihren Kolleginnen und Kollegen im Bund deutlich ins Hintertreffen geraten seien. Das müsse ausgeglichen werden. Der dbb jugend, so machte deren Vertreter Pascal Hinck deutlich, liege die Gewinnung von qualifiziertem Nachwuchs besonders am Herzen. Auch deshalb sollten Auszubildende eine Entgelterhöhung von 100 Euro erhalten und dauerhaft übernommen werden.

In **Mainz** beteiligten sich an den Warnstreik-Aktionen rund 5.000 Beschäftigte, darunter zahlreiche Kolleginnen und Kollegen aus dem Straßenbetriebsdienst und der Finanzverwaltung. Sie marschierten durch die Mainzer Innenstadt und versammelten sich auf dem Ernst-Ludwig-Platz zur Kundgebung. „Attraktive Arbeitgeber bieten eine konkurrenzfähige Bezahlung. Unsere Bezahlung ist nicht konkurrenzfähig. Der öffentliche Dienst gerät deshalb immer weiter in die Sackgasse“, stellte die Vorsitzende des dbb rheinland-pfalz, Lilli Lenz, vor den Demonstranten klar. „Nachwuchsgewinnung unter diesen Vorzeichen? Ein schlechter Witz! Motivation des Personals? Totale Fehlanzeige. Wir alle verdienen ein reales Ein-

kommensplus statt Gehaltsrückstand.“ Das gelte auch für die Einkommen der Landesbeamtinnen und –beamten: „Die Landesregierung hat das Personal mit der mehrjährigen Besoldungsdeckelung brüskiert. Wir fordern die Landesregierung unmissverständlich auf, das Tarifiergebnis zeit- und inhaltsgleich für die Beamten zu übernehmen. Sonst gehen unsere Qualifizierten in andere Bundesländer und der rheinland-pfälzische öffentliche Dienst wird zum Wanderzirkus“, warnte die dbb Landeschefin.

„Die Kolleginnen und Kollegen des öffentlichen Dienstes arbeiten in den verschiedenen Bereichen dafür, dass Deutschlands Infrastruktur rund um die Uhr funktioniert. Das wissen natürlich auch die Arbeitgeber der TdL. Deshalb muss auch ihnen klar sein: Wir lassen uns nicht mit Peanuts abspeisen, unsere gute Arbeit muss gut bezahlt werden. Gerade in den unteren und mittleren Einkommensgruppen brauchen wir eine deutliche soziale Komponente“, forderte Werner Ege, der als Mitglied der dbb Bundestarifkommission der Verhandlungskommission in Potsdam angehört. Nehmen wir zum Beispiel die Beschäftigten in den Autobahn- und Straßenmeistereien: Sie setzten jeden Tag bei Wind und Wetter nicht nur ihre Gesundheit aufs Spiel, sondern oft auch ihr Leben“, sagte Ege, der auch Vorsitzender des Landesverbandes Rheinland-Pfalz/Saarland der Fachgewerkschaft der Straßen- und Verkehrsbeschäftigten VDStr. ist. „Viele sind schon vor der Altersgrenze gesundheitlich am Ende. Einen gerechten Ausgleich für diese Belastungen suchen wir bisher vergeblich.“

Auch am Vortag hatten sich bundesweit mehrere tausend Beschäftigte der Bundesländer an ganztägigen Warnstreiks beteiligt. In vielen Städten gab es Demonstrationen und zentrale Kundgebungen, so etwa in **Stuttgart, Dresden, Kiel, Jena, Magdeburg, Schwerin, Leipzig** und **Chemnitz**. Neben einem Einkommensplus von 5,5 Prozent, mindestens aber 175 Euro mehr, geht es in dem Konflikt mit den Arbeitgebern auch um eine einheitliche Entgeltordnung für Lehrkräfte. Zudem soll das Tarifiergebnis auf die Landes- und Kommunalbeamten übertragen werden.

„Wir stehen kurz vor der dritten und entscheidenden Runde der Tarifverhandlungen und haben bisher noch kein Arbeitgeberangebot auf dem Tisch. Jetzt, in Anbetracht der Tausenden Beschäftigten, die heute bundesweit

auf die Straße gehen, müssen die Arbeitgeber begreifen, dass wir auch Konfrontation können“, sagte dbb Verhandlungsführer Willi Russ in Stuttgart vor 2.500 Demonstranten. „Wir fordern Einkommenssteigerungen, die die Lücke zu den Kolleginnen und Kollegen bei Bund und Kommunen schließen. In den unteren und mittleren Einkommensgruppen brauchen wir eine deutliche soziale Komponente. Nicht zuletzt, um den öffentlichen Dienst für den Nachwuchs attraktiver zu machen.“

Auch drei der Stellvertreter von Willi Russ als Vorsitzendem der dbb Bundestarifkommission bekräftigten die Forderungen. „Gute Arbeit verdient gerechte Entlohnung, die mit der allgemeinen Entwicklung der Einkommen Schritt halten kann“, sagte Karl-Heinz Leverkus in Magdeburg (10.000 Demonstranten). Siegfried Damm machte in Kiel (3.500 Demonstranten) deutlich: „Die Länderhaushalte dürfen nicht auf Kosten der Beschäftigten saniert werden. Wer bei der Landesverwaltung spart, also beispielsweise beim Personal der Schulen und der Polizei, der spart das Land kaputt.“ In Dresden (6.000 Demonstranten), wo besonders viele Lehrkräfte an den Protestaktionen beteiligten, verwies Jens Weichelt auf die Bedeutung der Entgeltordnung für Lehrkräfte: „Mit einer solchen Entgeltordnung wäre die willkürliche und unterschiedliche Bezahlung der Lehrerinnen und Lehrer in den Ländern endlich vom Tisch.“ Die Empörung an den Schulen des Landes sei groß. „Wie andere Landesbeschäftigte empfinden auch die Lehrerinnen und Lehrer die Sturheit der Arbeitgeber bei den Tarifverhandlungen in Potsdam als Missachtung ihrer Arbeit.“

Kritisiert wurden die Arbeitgeber auch für ihre Forderung nach Einschnitten in der betrieblichen Zusatzversorgung. Das sei nicht hinnehmbar, sagte der stellvertretende Vorsitzende des dbb mecklenburg-vorpommern Michael Blanck in Schwerin (8.000 Demonstranten). „Es ist auch beschämend, dass im 25. Jahr der Deutschen Einheit die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes immer noch in Tarifgebiet Ost und West eingeteilt werden“, so Blanck.

Der dbb fordert von den Landesregierungen, das Tarifiergebnis auf die Besoldung und Versorgung der Landes- und Kommunalbeamten zu übertragen. Insbesondere die Vorsitzenden der dbb Landesbünde machten sich bei den Kundgebungen dafür stark. Anke Schwitzer, die Vorsitzende des dbb schleswig-holstein, erklärte in Kiel: „Die Besoldung verkommt in

Deutschland immer mehr zum Flickenteppich: Jedes Bundesland kocht sein eigenes Süppchen, vom Bund ganz zu schweigen. Das bedeutet für Schleswig-Holstein: Wenn wir auch in Zukunft die besten Köpfe gewinnen wollen, dürfen wir den Anschluss nicht verlieren, und die Übertragung ist zwingend erforderlich.“

Der Vorsitzende des Sächsischen Beamtenbundes SBB, Gerhard Pöschmann, verwies in Dresden darauf, dass sich viele Beamtinnen und Beamte in ihrer Freizeit an den Protestaktionen beteiligten und so ihre Unterstützung für die gewerkschaftlichen Forderungen zum Ausdruck brachten: „Wir haben nie einen Zweifel daran gelassen, dass wir alle gemeinsam hinter diesen Forderungen stehen. Die Einkommensrunde 2015 ist für uns erst abgeschlossen, wenn das Tarifergebnis im Anschluss zeit- und inhaltsgleich auf den Beamtenbereich übertragen wird.“

Volker Stich, der Chef des dbb-Landesbundes BBW, warnte die baden-württembergische Landesregierung davor, die geforderte Übertragung wie in vergangenen Jahren um bis zu zwölf Monate zu verzögern: „Dann wäre die Grenze der Verfassungsmäßigkeit erreicht, wenn nicht gar überschritten. Zeigen wir den Arbeitgebern bei den Tarifverhandlungen, dass wir kämpfen können und zeigen wir dieser Landesregierung, wo ihre Grenzen sind.“

In Jena kritisierte der Vorsitzende des tbb beamtenbund und tarifunion thüringen, Helmut Liebermann, die Landesregierung des Freistaats Thüringen: „Wenn uns die Finanzministerin sagt, dass die bei Erfüllung aller unserer Forderungen notwendigen 160 Millionen Euro nicht zu stemmen seien, können wir nur mit Unverständnis reagieren. Mit welchem Recht die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes überproportional zur Haushaltskonsolidierung beitragen sollen, konnte uns noch niemand erklären.“

Für den Berufsnachwuchs erläuterte in Stuttgart Anja Richter, Landesjugendleiterin der Deutschen Justizgewerkschaft (DJG), am Beispiel des Landes Baden-Württemberg wie dramatisch die Übernahme-Situation der Aus-

zubildenden ist: „Im Zuge der Notariats- und Grundbuchreform wird es erhebliche Stellenkürzungen geben. Den dringend benötigten Nachwuchs mit bester Qualifikation, aber nur befristeten Verträgen, trifft es dann als ersten – die Zukunft der baden-württembergischen Justiz wird einfach vor die Tür gesetzt.“

Mit einem Warnstreik hatten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes auch am 10. März 2015 in Hamburg auf die bislang ergebnislosen Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst der Länder reagiert. Rund 2.000 Beschäftigte, darunter auch zahlreiche Beamtinnen und Beamte, zogen protestierend durch die Hamburger Innenstadt und trafen sich auf dem Rathausmarkt zu einer zentralen Kundgebung.

„Hamburg funktioniert, weil Ihr in den verschiedensten Bereichen Tag für Tag und rund um die Uhr funktioniert. Und genau deswegen lassen wir uns von den Arbeitgebern nicht mit Almosen abspeisen“, sagte der dbb Verhandlungsführer Willi Russ unter dem Beifall der Demonstranten. „Wir verlangen gutes Geld für unsere gute Arbeit. Gerade in den unteren und mittleren Einkommensgruppen brauchen wir eine deutliche soziale Komponente. Und wir lehnen eine ‚Kompensation‘ mit der betrieblichen Altersversorgung ab!“

Rudolf Klüver, Vorsitzender des dbb hamburg, betonte, dass der Bürgermeister sein Versprechen halten müsse, das Tarifergebnis auf die Beamtinnen und Beamten sowie auf die Versorgungsempfänger zu übertragen. „Das hat uns Olaf Scholz sogar schriftlich versprochen, daran werden wir ihn messen“, kündigte Klüver an. Der dbb hamburg-Chef wies darauf hin, dass sich aktuell alle Beschäftigten „mit einer Flut von neuen IT-Verfahren herumplagen, die alle annähernd zeitgleich eingeführt wurden und zu einer ganz erheblichen Mehrbelastung führen. Wir erwarten ein deutliches Einkommensplus – auch das ist Ausdruck von Wertschätzung!“, so Klüver abschließend. (01/09/15)

Tarifeinheitgesetz: Bundespräsident um besonders kritische Prüfung gebeten

(dbb) Der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt hat Bundespräsident Joachim Gauck in einem Brief nochmals darauf hingewiesen, dass das geplante Gesetz zur Zwangs-Tarifeinheit nicht mit dem Grundgesetz vereinbar ist. „Mit vielen anderen Gewerkschaften, Richtern und Professoren sind wir zuversichtlich, dass der vorliegende Gesetzentwurf vor dem Bundesverfassungsgericht nicht bestehen wird“, heißt es in Dauderstädts Schreiben vom 10. März 2015. Diese „höchststrichterliche Korrektur“ der Gesetzgebung sollte man allerdings von vornherein vermeiden: „Gesellschaftspolitisch, aber auch in der konkreten gewerkschaftlichen Arbeit entsteht durch ein Gesetz, dessen rechtliche Fundierung derart fragwürdig ist, schon bis zu einer Karlsruher Entscheidung großer Schaden.“

Eine gesetzlich vorgeschriebene Tarifeinheit widerspreche der Realität in Deutschland. Dauderstädt: „Der dbb praktiziert an vielen Tariftischen eine gut funktionierende Tarifeinheit mit DGB-Gewerkschaften. Solche Tarifeinheit stellt jedoch eine politische Herausforderung dar, folgt nicht einer legislativen Verpflichtung. Jeder Gewerkschaft muss das Recht erhalten bleiben, Tarifverhandlungen auch eigenständig zu führen.“

Neben der drohenden Einschränkung der Koalitionsfreiheit befürchtet der dbb auch strukturelle Fehlentwicklungen. „Mit Sorge sehen wir am Ende einer derartigen staatlichen Bevormundung einen Trend zu Monopolisierung und Einheitsgewerkschaft... Erfahrungen damit hat unser Land in Zeiten von Unfreiheit hinreichend gemacht. Diese müssen wir 2015 nicht erneuern.“ Klaus Dauderstädt bat den Bundespräsidenten nachdrücklich um eine „besonders kritische Prüfung des Gesetzentwurfs“, der im Mai vom Bundestag verabschiedet werden soll. (02/09/15)

Mitgliederwerbeaktion 2014: dbb weiter im Aufwärtstrend

(dbb) „Mehr Junge, mehr Frauen, mehr Tarifbeschäftigte, das ist eine Entwicklung, die uns in Zeiten des Fachkräfte- und Nachwuchsmangels sehr freut und uns in unserem Handeln bestärkt.“ So kommentierte der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt die Ergebnisse der Werbeaktion 2014: Werberinnen und Werber aus den Mitgliedsgewerkschaften haben dem gewerkschaftlichem Dachverband 2014 insgesamt 15.560 Neumitglieder gemeldet.

Die Geschlechterzugehörigkeit hält sich inzwischen in etwa die Waage: 7.612 Männer und 7.948 Frauen sind gemeldet worden. Der Frauenanteil der Neueintritte ist im vergangenen Jahr erstmals größer gewesen als der Männeranteil und in den vergangenen zehn Jahren kontinuierlich angestiegen. Zum Vergleich die Zahlen von 2008: Damals meldeten die Werber insgesamt 18.894 neue Mitglieder, davon waren 11.346 Männer und 7.548 Frauen.

Von den Neumitgliedern sind 8.551 Beamte (einschließlich Anwärter und Pensionäre) und 7.009 Tarifbeschäftigte (einschließlich Azubis und Rentner). In Bezug auf die früheren Aktionen steigt auch der Anteil der Tarifbeschäftigten kontinuierlich leicht an.

Ferner sind mehr Anwärter (4.943) als Beamte (3.548) beigetreten. Bei den Tarifbeschäftigten verläuft der Trend entgegengesetzt: 6.223 Beschäftigte zu 712 Azubis. Für den Gewerkschaftsnachwuchs insgesamt ein hervorragendes Ergebnis: Von den 15.560 Neumitgliedern sind demnach insgesamt 5.655 Anwärter und Azubis (36,34 Prozent). Die meisten Mitgliederzuwächse verzeichnen die komba gewerkschaft (2.531), die DSTG (2.319), der VBE (1.803), die GDL (1.795) und die GdS (1.139).

Der dbb führt seit 1991 zur Unterstützung seiner Mitgliedsgewerkschaften Mitgliederwerbungen durch. Seitdem sind die Mitgliederzahlen des gewerkschaftlichen Dachverbandes kontinuierlich von 1.053.001 (1991) auf 1.282.829 (2014) gestiegen. (03/09/15)

Einkommensrunde öffentlicher Dienst Hessen dbb kritisiert Landesregierung - Russ: „Hessen bleibt Angebot und Antworten schuldig“

(dbb) Die ersten Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und Land Hessen über Einkommens- und Beschäftigtenbedingungen der hessischen Landesbediensteten endeten am 6. März 2015 in Wiesbaden ohne Ergebnis.

„Hessen bleibt uns Angebot und Antworten auf unsere Forderungen schuldig, Innenminister Peter Beuth kam leider mit leeren Taschen“, stellte Willi Russ, Zweiter Vorsitzender und Verhandlungsführer des dbb, fest. „Auch in der Einkommensrunde 2015 schielt Hessen wieder stets nach Potsdam, um bloß im Windschatten der großen Tarifgemeinschaft deutscher Länder zu segeln - sowas nennt sich dann 'Eigenständigkeit'“, kritisierte Russ. „Dabei hätte Hessen heute mit einem Angebot ein mutiges und wegweisendes Zeichen setzen können. Denn auch elf Jahre nach Austritt des Landes aus der TdL unterscheidet sich die Arbeit, die zwischen Kassel und Darmstadt geleistet wird, in nichts von den Aufgaben in den übrigen 15 Bundesländern. Einen hessischen Billigtarif wird es mit uns nicht geben.“

Der dbb-Verhandlungsführer kündigte an, dass die Beschäftigten bis zur nächsten Verhandlungsrunde am 14./15. April 2015 „Druck aufbauen werden, auch auf der Straße. Die Landesregierung weiß seit Januar, was wir wollen.“

Die Kolleginnen und Kollegen lassen sich jetzt nicht länger hinhalten“, machte Russ deutlich. „Jetzt muss mehr kommen!“

Hintergrund

Von den Verhandlungen über den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst des Landes Hessen Länder (TV-H) sind insgesamt mehr als 160.000 Beschäftigte betroffen: Knapp 46.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Auszubildende, für die TV-H und TVA-H direkte Auswirkungen haben, sowie rund 115.000 Beamtinnen und Beamte des Landes und der Kommunalverwaltung, auf die der Tarifabschluss übertragen werden soll. Die nächste Verhandlungsrunde wird am 14./15. April 2015 stattfinden. Hessen ist 2004 aus der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) ausgetreten, die derzeit parallel mit den Gewerkschaften für die übrigen 15 Bundesländer in Potsdam verhandelt. Nächster Termin dort ist der 16./17. März 2015.
(04/09/15)

dbb bundesfrauenvertretung: War höchste Zeit für Gesetz

(dbb) Der Bundestag hat am 6. März 2015 das Gesetz zur gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen beschlossen. Helene Wildfeuer, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, sagte dazu: „Das wurde auch höchste Zeit. Ich habe selten erlebt, dass einem Gesetzesentwurf so viele Widerstände entgegenstanden wie diesem.“

Neben einer Quote für Führungspositionen in börsennotierten Unternehmen gilt ab 2016 auch eine Frauenquote von 30 Prozent für die Aufsichtsgremien, in denen der Bund mit mindestens drei Sitzen vertreten ist. Ab 2018 soll der Frauenanteil auf 50 Prozent erhöht werden. Zudem soll die Bundesverwaltung Zielvorgaben zur Steigerung des Frauenanteils auf der Führungsebene erlassen.

In der Vorwoche war erneut Kritik an dem Entwurf laut geworden: Ausgerechnet der Part des Entwurfes, der sich mit der geschlechtergerechten Besetzung von Stellen im öffentlichen Dienst beschäftigt, wurde bei der Expertenanhörung im Bundestag als verfassungs-

widrig und nicht mit dem Europarecht vereinbar bezeichnet. Eine Passage zum Gleichstellungsgesetz habe quasi eine neue Männerquote vorgesehen, da Männer bei Einstellung und beruflichem Aufstieg bevorzugt werden sollten, falls sie im jeweiligen Bereich unterrepräsentiert seien. Diese Kritik führte dazu, dass der Entwurf kurzfristig nochmals geändert wurde. Nun soll Geschlechterparität nicht für alle Ebenen der Bundesverwaltung gelten. Eingegriffen werden soll nur, wenn eine strukturelle Benachteiligung von Frauen vorliegt. Diese Regelung soll nun auch für Männer gelten.

Dazu Helene Wildfeuer: „Die dbb bundesfrauenvertretung wird sehr genau beobachten,

ob das Gesetz tatsächlich die gewünschte Wirkung zeigt. Die Erfahrung mit über 20 Jahren

Bundesgleichstellungsgesetz hat gezeigt, wie geduldig Papier sein kann.“
(05/09/15)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Beamtenversorgung/Pensionsfonds: dbb rheinland-pfalz mahnt zu Vorsicht

(dbb) Die von der Landesregierung geplante Absenkung der Zuführungen an den rheinland-pfälzischen Pensionsfonds von jährlich 500 Millionen Euro auf pauschal 70 Millionen Euro kommt beim dbb Landesbund schlecht an. Aus Sicht der Gewerkschaft ist dann, wenn es um das Geld für das ohnehin gebeutelte Personal im Landesdienst geht, höchste Sensibilität angezeigt.

Obwohl die von der Landesregierung beabsichtigten Pauschalzuführungen über einem avisierten „Mindestbeitrag“ von jährlich 70 Millionen liegen können, befürchtet der dbb Landesbund, dass gesetzte Mindestgrenzen angesichts der Schuldenbremse immer bis zum Anschlag ausgenutzt werden könnten und sich die Deckung des Fonds somit massiv verschlechtert.

dbb-Landeschefin Lilli Lenz sagte am 11. März 2015: „Mit dem gerade im parlamentarischen Gesetzgebungsverfahren befindlichen Landesgesetz zur Anhebung der allgemeinen Pensionsaltersgrenze geht sowieso schon eine faktische Pensionskürzung einher. Wenn sich das Land jetzt von der Versicherungsmathematik verabschiedet und – unter Druck durch Lan-

desrechnungshof und Verfassungsklage der Opposition – nur ein Sechstel der bisherigen jährlichen Zuführung festzurrt, dann sinkt das Vertrauen der Landesbeamtinnen und -beamten in die Sicherheit ihrer Versorgung noch mehr. Dabei ist das bisherige Buchgeldkonzept des Fonds auch schon eine wackelige Nummer. Am Ende, so befürchten wir, müssen die betroffenen Beamten sich wieder selbst an den Haaren aus dem Sumpf ziehen.“

Der dbb rheinland-pfalz hat stets für eine kapitalgedeckte Rücklagenlösung plädiert und lehnt eine „Verschlimmbesserung“ bei der Sicherung von Versorgungsansprüchen als inakzeptabel ab.
(06/09/15)

dbb Hessen wertet geplante Neuordnung der Beihilfe als Fortschritt

(dbb) Die Ankündigung der hessischen Regierungskoalition zur Neuordnung der Beihilfe ist vom dbb Hessen als „Abkehr von der Rasenmähermentalität“ und Fortschritt bewertet worden.

Die Landesvorsitzende des dbb Hessen, Ute Wiegand-Fleischhacker, sagte am 11. März 2015 zur geplanten Änderung des Beihilfe-rechts in Hessen: „Wir fassen den Gesetzentwurf der Koalition als neues Diskussionsangebot auf.“ Der dbb Hessen werde das detaillierte Angebot abwarten und genau prüfen. „Wir sind aber hoffnungsfroh, dass damit der Durchbruch für eine sinnvolle Neuregelung geschafft wird. Die Totalverweigerung der Wahlleistungen für die im Dienst befindlichen Beamtinnen und Beamte und Pensionäre ist damit vom Tisch.“

Die Koalitionsparteien hatten angekündigt, die Beihilfeordnung für die hessischen Beamtinnen

und Beamten ähnlich dem sogenannten „Rheinland-Pfalz-Modell“ zu ändern. Danach werden Wahlleistungen für die Beamten zwar gestrichen, jedoch können diese über einen Gehaltsverzicht ein weiteres Anrecht auf diese Leistungen erwerben. „Auch wenn wir noch keine konkreten Zahlen kennen – dies ist ein Erfolg unserer intensiven Diskussion mit der Politik“, so Wiegand-Fleischhacker. „Damit ist zumindest abgewendet, dass sich die Beamtinnen und Beamten bei ihren Versicherungen mit zum Teil horrenden Beträgen zusätzlich absichern müssen.“

(07/09/15)

dbb Lehrerverbände im Gespräch mit der KMK: Vielfalt der Bildungswege aufzeigen

(dbb) Die Notwendigkeit, Schüler und Eltern noch besser über die Vielfältigkeit der Bildungswege aufzuklären, ist gemeinsames Ziel von dbb Lehrerergewerkschaften und der Kultusministerkonferenz (KMK). Beim Jahresgespräch am 12. März 2015 in Leipzig haben beide Seiten übereinstimmend betont, dass es noch immer Defizite im Wissen über die vielfältigen Wege und Umstiegsmöglichkeiten in der Bildungsbiografie junger Menschen gibt. Gemeinsames Ziel sei es, für jedes Kind die richtige Schule zu finden, bei Bedarf Wechselmöglichkeiten anzubieten und so passgenau zu Ausbildung oder Studium zu führen.

Die KMK, deren Präsidium 2015 von Sachsens Bildungsministerin Brunhild Kurth geleitet wird, traf auf die vom Vorsitzenden der Fachkommission Schule, Bildung und Wissenschaft Jürgen Böhm (Verband Deutscher Realschullehrer - VDR) angeführte dbb Delegation, in der zudem der VBE (Verband Bildung und Erziehung), DPhV (Deutscher Philologenverband), VDR (Verband Deutscher Realschullehrer), BLBS (Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an berufsbildenden Schulen) und VLW (Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen) vertreten waren.

Die Chancen der vielfältigen Bildungslandschaft wurden in dem Meinungs austausch auch unter dem Aspekt der Fachkräftegewinnung, der Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund und der Förderung leistungsschwächerer Schülerinnen und Schüler beleuchtet. Die dbb Lehrerergewerkschaften appellierten an die KMK, die jeweiligen Landesmaßnahmen und -erfahrungen bei Berufsorientie-

rung und Integration systematisch zu bündeln und daraus bundesweit realisierbare Empfehlungen abzuleiten. KMK-Präsidentin Kurth bat die Lehrerergewerkschaften um Unterstützung dabei, der Wirtschaft zu verdeutlichen, dass die Praxis der vergangenen Jahre, Ausbildungsplätze abzubauen oder zusehends an Abiturienten zu vergeben, angesichts des Fachkräftemangels in die Sackgasse führe.

Weitere Themen waren die Hürden des unlängst eingeschlagenen Weges zu einem bundeseinheitlichen Abitur und Fragen der Lehrerbildung. Die Gewerkschaften nutzten zudem das Gespräch, an die für die Lehrkräfte zuständigen Schulministerinnen und -minister zu appellieren, sich in den aktuellen Tarifverhandlungen zwischen den Gewerkschaften und den in der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) zusammengeschlossenen Landesfinanzministerinnen und -ministern solidarisch mit den Forderungen der Lehrerschaft zu zeigen. (08/09/15)

dbb-Mitgliedsgewerkschaften: Gesetz zur Tarifeinheit muss vom Tisch

(dbb) Mit Blick auf die erste Lesung zum Tarifeinheitsgesetz am 5. März 2015 im Bundestag haben Mitgliedsgewerkschaften des dbb erneut ihre Ablehnung des Gesetzentwurfs bekräftigt.

Der Bundesvorsitzende der komba gewerkschaft und dbb Vize Ulrich Silberbach sagte: „Die Bundesregierung beharrt weiterhin stur auf dem Gesetz -- trotz inzwischen zahlreicher verfassungsrechtlicher Bedenken.“ Die Abgeordneten im Bundestag seien aufgefordert, ein Zeichen zu setzen und den Gesetzesentwurf zurückzuweisen, so Silberbach. „Alle Beschäftigten haben das Recht, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Und zwar dort, wo die eigenen Interessen bestmöglich vertreten werden.“ Das Gesetz müsse „schleunigst vom Tisch“, forderte der komba Bundesvorsitzende.

„Die große Koalition weiß genau, dass sie mit dem Gesetz zur Tarifeinheit Verfassungsbruch begeht, und trotzdem hat sie es durchgewinkt“, so der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) und dbb Vize Claus Weselsky nach der ersten Lesung.

Bündnisgrüne und Linke sprachen sich klar gegen die Zwangs-Tarifeinheit aus. Weselsky: „Wer schon die Verfassung ignoriert, der hört weder auf die Opposition, noch interessieren ihn die Rechte von mehreren Millionen Arbeitnehmern.“ Die GDL werde zusammen mit ihrem Dachverband dbb und den anderen Be-

rufsgewerkschaften alle Hebel gegen die Zwangs-Tarifeinheit in Bewegung setzen.

Auch der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Sozialversicherung (GdS) Maik Wagner forderte die Abgeordneten des Deutschen Bundestages auf, diesem unsinnigen und verfassungswidrigen Vorhaben ihre Zustimmung zu verweigern. „Eine gesetzlich verordnete Zwangs-Tarifeinheit würde in beispielloser

Weise den Wesenskern unserer freiheitlichen Verfassung bedrohen“, so Wagner in seinem Schreiben an alle Bundestagsmitglieder. „Genau das, was unser Grundgesetz den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes aufgibt, nämlich Verantwortung zu übernehmen und sich aus echtem, eigenem Interesse in den demokratischen Prozess einzubringen, würde gesetzlich eingeschränkt.“
(09/09/15)

Deutsche Polizeigewerkschaft: Fußballgewalt nimmt erschreckende Ausmaße an

(dbb) Angesichts ausufernder Gewalt im Zusammenhang mit Fußballspielen schlägt die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) Alarm. DPoIG-Landesvorsitzender Joachim Lautensack aus Baden-Württemberg erklärte am 10. März 2015: „Einsatzkräfte der Polizei in Lebensgefahr, Gewaltattacken in aller Öffentlichkeit und Vereine, denen die Lage völlig außer Kontrolle gerät, das ist die unerträgliche Situation. Tausende Einsatzkräfte müssen versuchen, das in den Griff zu bekommen, und es wird immer schlimmer.“

Rainer Wendt, Bundesvorsitzender der DPoIG: „Die Verbände schweigen vielsagend, jetzt muss die Politik endlich reagieren, bevor Schlimmeres passiert. Die angeblichen Mitläufer müssen als Täter zur Rechenschaft gezogen werden, wenn sie die Gewalttäter mit ihrer Anwesenheit schützen. Es ist ein Novum, dass

unsere Kollegen Warn- oder Signalschüsse abgeben mussten, um sich aus akuter Lebensgefahr zu retten.“ Wendt warf einigen Politikern in den Ländern vor, „noch immer nicht den Ernst der Lage erkannt“ zu haben.
(10/09/15)

GDL will Urteil anfechten

(dbb) Am 6. März 2015 hat das Landgericht Frankfurt am Main über die Klage des ehemaligen stellvertretenden GDL-Bundesvorsitzenden Thorsten Weske gegen die Beendigung seines Dienstverhältnisses entschieden.

„Wenn Herr Weske sich daraufhin wieder als stellvertretender Bundesvorsitzender sieht, handelt es sich um reines Wunschdenken“, erklärte dazu der GDL-Bundesvorsitzende Claus Weselsky. Das Landgericht Frankfurt habe in seiner erstinstanzlichen Entscheidung lediglich die Beendigung des

Dienstverhältnisses von Weske für ungültig erklärt.

Dieses Urteil werde nicht rechtskräftig, da die GDL in Revision gehen wird, so Weselsky.
(11/09/15)

Philologenverband für Ausbau von schulischen Beratungsangeboten für Eltern

(dbb) Für den Ausbau und die Vertiefung der vertrauensvollen Zusammenarbeit von Elternhaus und Schule ist die Befragung „Was Eltern wollen“ ein ermutigendes Zeichen. Das hat der Bundesvorsitzende des Deutschen Philologenverbandes (DPHV), Heinz-Peter Meidinger, am 11. März 2015 zu der von der Vodafone-Stiftung in Auftrag gegebenen Be-

fragung festgestellt. Demnach genießen Lehrkräfte bei Eltern über alle sozialen Schichten hinweg höchstes Vertrauen.

Meidinger sprach sich dafür aus, die Beratungsangebote für Eltern an Schulen massiv auszubauen. „Diese Intensivierung der Beratung von Eltern, die sich ausdrücklich persönliche Gespräche und weniger digitale Angebote wünschen, ist aber so nebenher für Lehrkräfte nicht zu leisten. Dafür brauchen Schulen eigene Zeitkontingente, das heißt im Endeffekt zusätzliche personelle Ressourcen“, sagte Meidinger.

Andererseits warnte der Verbandsvorsitzende aber vor der Vorstellung, Lehrkräfte könnten in großem Umfang Eltern die Erziehungsarbeit abnehmen: „Die Kernaufgabe von Schule ist der Unterricht, bei der Erziehung kann sie in begrenztem Rahmen unterstützend, aber niemals elternersetzend tätig sein.“
(12/09/15)

Namen und Nachrichten

(dbb) Am 13. März 2015 haben zahlreiche *Eisenbahner* aus Sachsen vor der Sächsischen Staatskanzlei in Dresden gegen Lohndumping demonstriert. Wie der Sächsische Beamtenbund **SBB** mitteilte, forderten die Eisenbahner von Unternehmen der DB Regio AG, der Erzgebirgsbahn, der Vogtlandbahn, dass bei Ausschreibungen im sächsischen Schienenpersonennahverkehr nicht mehr jener Betreiber das Angebot erhält, der billigste Personalkosten anbietet. Vielmehr sei die gültige Europäische Verordnung 1370/EG auch in Deutschland anzuwenden. Sie erlaubt den politisch geführten Aufgabenträgern bei Ausschreibungen nicht nur die tariflichen Mindeststandards irgendeines Tarifvertrages vorzusehen, sondern die Vergabekriterien repräsentativer Flächentarifverträge maßgeblicher Gewerkschaften vorzuschreiben. Weiterhin forderten die Kolleginnen und Kollegen verbindliche Übernahmeregelungen zum neuen Betreiber, um zu verhindern, dass gerade ältere Mitarbeiter den Arbeitsplatz verlieren.

Eine imponierende Auflistung an Daten, aber auch eine auf ökonomische Kriterien und den naturwissenschaftlichen Bereich verengte Perspektive und wenig zielführende Handlungsperspektiven – das sieht der Bundesvorsitzende des Deutschen Philologenverbandes (DPhV), **Heinz-Peter Meidinger**, in dem OECD-Bildungsbericht „The ABC of Gender Equality in Education“, der am 5. März 2015 in Berlin vorgestellt wurde. Meidinger kritisierte, dass sich der Bericht fast ausschließlich auf die Unterschiede zwischen den Geschlechtern im mathematisch-naturwissenschaftlichen Bereich und deren volkswirtschaftliche Auswirkungen konzentriert

und die Defizite vieler Jungen im sprachlichen Bereich lediglich eine Randrolle spielten. „Es führt weder bei der Analyse noch bei den Zielperspektiven weiter, wenn man bei der Klage über ein zu geringes Interesse von Mädchen an naturwissenschaftlichen Studiengängen und Berufen bei den von Eltern geprägten Einstellungsmustern stehenbleibt“, so Meidinger.

„Das Ergebnis ist eine klare Bestätigung unseres Kurses. Wir bedanken uns bei allen Delegierten für das Vertrauen.“ Mit diesen Worten kommentierte der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) und dbb Vize **Claus Weselsky** am 11. März 2015 das Ergebnis der Aufsichtsratswahlen im DB-Konzern. Als besonderen Erfolg wertete Weselsky, dass die GDL nach 2010 erneut ein Mandat im Konzernaufsichtsrat der DB AG erringen konnte. Wie bei der letzten Wahl erhielt die GDL auch diesmal eine große Anzahl an Fremdstimmen. Auch im Personenverkehr konnten alle Mandate von 2010 erneut gewonnen werden, wobei sich insbesondere im Fernverkehr die Anzahl der Stimmen für die GDL deutlich erhöht habe. „Mit dem Wahlergebnis sehen wir unseren Kurs einer konsequenten Gewerkschaftspolitik bestätigt“, so Weselsky.

Angesichts der Personalmisere bei der Bundespolizei will sich die DPoIG-Spitze beim Bundesinnenminister für den Vorschlag stark machen, kurzfristig, neue Bundespolizeiliche Unterstützungskräfte (BUK) einzustellen – Tarifbeschäftigte, die eine Ausbildung von wenigen Monaten benötigen und die völlig überlasteten Bundespolizisten sowohl an der Grenze bei der

Verhinderung illegaler Migration als auch bei der Bewachung der Bundesbank in Frankfurt am Main unterstützen könnten. Dazu sagte Bundesvorsitzender **Rainer Wendt**: „Wenn jetzt in kurzer Zeit angestellte Unterstützungskräfte ausgebildet werden, hat das den Vorteil, dass sie rasch zur Verfügung stehen und als

Tarifbeschäftigte im öffentlichen Dienst, anders als private Sicherheitskräfte, eine besondere Bindung an den Staat mitbringen. Überdies könnten sie dauerhaft für verschiedene unterstützende Vollzugs- und Verwaltungsaufgaben qualifiziert und eingesetzt werden.“
(13/09/15)